

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 7

Artikel: Die Schweiz nach der Abwertung
Autor: Duttweiler, G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz nach der Abwertung.

Von G. Duttweiler.

Die Würfel sind am 26. September gefallen. Aber erst die Zukunft wird zeigen, was uns zufiel und wie sich der Einsatz gelohnt hat. Wie man sich auch zu dem Abwertungsentschluß selbst stellen mag — und meine Stellung war bis zum letzten Moment entschiedene Ablehnung dieses Experiments in einer Periode steigender Weltmarktpreise —, heute ist nicht der Tag, Klagelieder anzustimmen und über vergangenen Möglichkeiten die kommenden Möglichkeiten zu vergessen.

Daß solche Möglichkeiten vorhanden sind, unterliegt keinem Zweifel. Jeder Ausgangspunkt, jede Situation hat ihre Möglichkeiten — man muß sie nur finden und konsequent zu verfolgen wissen. Was wir in dieser Richtung vor der Abwertung in der damals gegebenen Lage unterlassen haben, darf sich niemals jetzt wiederholen. Wir müssen mit eiserner Konsequenz die Zwischenbilanz der Abwertung jetzt schon ziehen, um nach genauem, zielbewußtem Programm ihre endgültige Bilanz möglichst günstig zu gestalten.

Unsere Hauptforderungen in dieser Richtung habe ich zum größten Teil zusammen mit meinen Fraktionsfreunden in dem am Tage nach der Abwertung erschienenen Flugblatt festgelegt; unterbaut habe ich diese Forderungen in den zwei ersten Voten der „Abwertungssession“ des Parlaments.

Was die Abwertung von uns heute fordert.

Wir können diese Postulate ungefähr so zusammenfassen:

1. Volle Wahrung des Abwertungsvorteils für Export und Fremdenverkehr.
2. Weitestmögliche Erhaltung der Kaufkraft des „Lohnfrankens“.

Erste und unumgängliche Bedingung scheint mir zu sein, daß der volle Vorteil, den wir durch die Abwertung errungen haben, dem Export und dem Fremdenverkehr zukommt. Die Mißerfolge anderer Abwertungsländer sind dem Umstand zuzuschreiben, daß sich das Preis- und Lohnniveau zu rasch nach oben verschoben hat und damit die durch eine mehr oder weniger legitime Operation gewonnene Vorzugslage sich wieder ausglich. Dann kommt die neue Abwertung, dann kommt man ins Rollen.

Im Parlament sagte ich: „Ich kämpfe hier gegen die zweite Abwertung. Wie beim Lohnabbau die Gefahr darin besteht, daß wieder ein Lohnabbau kommt, genau so ist es bei der Abwertung: Sie birgt in ihrem

Schoße schon die nächste. Das ist die wesentliche Gefahr. Die Tempofrage ist entscheidend bei allen diesen Beschlüssen. Ich wiederhole: Es muß gehandelt werden; es müssen sofort konkrete Maßnahmen wie Zollsenkungen dekretiert werden. Das Tempo wird entscheidend sein. Jede Idee kann richtig sein zu ihrer Zeit; aber sie kann nach kürzester Zeit überholt sein. Deshalb heißt es *s o f o r t* handeln und die neue Situation durch Maßnahmen abklären, und nicht durch Erklärungen."

Soviel ich gesehen habe, sind sich alle Verantwortlichen heute einig darüber, daß die Abwertung niemals durch „überkompensierende“ Vorgänge in der innern Preiswirtschaft illusorisch gemacht werden darf. Sogar die Vertreter der Landwirtschaft haben dies erklärt. Es liegt auf der Hand, daß die *L a n d w i r t s c h a f t* gewisse Vorteile (neben verschiedenen Nachteilen) aus der jetzigen Situation haben wird, so vor allem das Fallenlassen der Produktionsbeschränkungen und die Senkung des Zinsfußes. Aber von der *P r e i s* seite her darf sie sich die Früchte der Abwertung nicht holen. Das wäre der Anfang vom Ende, denn unsere landwirtschaftlichen Produktpreise stehen auch nach der Abwertung noch weit über Weltmarktniveau. Preiserhöhungen auf heimischer Nahrung zu den teilweise unvermeidlichen Aufschlägen auf Importware, — das wäre das Signal zu sozialen Kämpfen, deren Ergebnis auf jeden Fall niederdrückend sein wird.

Gingegen soll und kann die Landwirtschaft wieder als Exportindustrie (Käse) reaktiviert werden. Selbstverständlich ist jetzt die natürliche Milchverwertung auf Käse auch ohne Subvention wieder lohnend und wir werden bald (sobald wir ihn nur wieder haben!) Käse in viel größeren Mengen exportieren und dafür die immer noch sehr billige Butter importieren. Damit erreichen wir allerdings nur das, was wir auch vorher *o h n e* Abwertung hätten haben können, wenn wir Importzuschläge auf Butter zur Exportprämie auf Käse verwendet hätten (Butter/Käse-Plan). Jetzt besorgt uns die Abwertung Importverteuerung und Exportverbilligung auf allerdings etwas derbere Weise.

Neben der Landwirtschaft wird sich auch die *I n l a n d s i n d u s t r i e* zur Teilnahme am frisch gedeckten Tisch melden. Ich bin der Ansicht, daß die Inlandkonjunktur auf die Dauer nicht künstlich — auch nicht aus dem sogenannten Abwertungsgewinn — angefurbelt werden kann. Ihre Belebung muß dorthier kommen, woher vor einiger Zeit auch die Krise in die Inlandwirtschaft eingedrungen ist: vom Export- und Fremdenverkehr her. Wenn auf diese natürliche Art namentlich die Bautätigkeit wieder auflebt, so wird allerdings bis dahin auch eine Reihe weiterer Hemmnisse bereits fortgefallen sein, die jetzt die Stöckung besonders verschärften: Kapitalknappheit, hoher Zinsfuß, Mißtrauen usw. Wir hoffen bestimmt, daß der Tiefpunkt der Liegenschaften- und Baukrise bereits überwunden ist. Der Geldmarkt ist flüssiger, Hypotheken leichter erhältlich, und die Idee, daß das Bauen nächstes Jahr vielleicht noch billiger werde, verschwunden. Es wird sich also hier von selbst eine bescheidene Baukonjunktur wieder herausbilden.

Doch der Hauptanstoß zum Erfolg muß eben doch an jenem Punkt erfolgen, an dem wir uns in den letzten Jahren die schwersten Niederlagen holten: Export und Fremdenverkehr.

Mengen- oder Preiskonjunktur?

Hier aber scheiden sich schon die Gemüter, wenn die Frage kommt: wie? Wie soll die Renaissance unserer Außenwirtschaft erfolgen? Die einen sehen, ähnlich wie dies z. B. Belgien tat, den einfachsten Weg zum Erfolg darin, daß Export und Fremdenverkehr stillschweigend ihre Verdienstmarge in die neugewonnenen 30 (bzw. 42) % Abwertungsmarge „hineinwachsen“ lassen, so daß sie zwar nicht viel mehr, aber bedeutend bessere Geschäfte machen. Die andern — und zu diesen anderen gehöre ich — verlangen unbedingt, daß Export und Fremdenverkehr sich in erster Linie größeren Umsatz und erst in zweiter Linie einen prozentual größeren Gewinn sichern. Die Abwertung ist, wenn sie zu etwas gut ist, nur dazu gut, unsere 100,000 Arbeitslosen nach und nach in die Betriebe zurückzubringen. Niemals aber dazu, daß ein paar Exportfirmen und ein paar Hoteliers sofort eine fettere Rechnung herauschlagen.

Ich stelle mich damit in gewissen Gegensatz zu der belgischen Methode, die absichtlich und offen gegen eine „Mengenkongunktur“ und für eine „Preiskonjunktur“ und Renditeverbesserung eingetreten ist. Es mag sein, daß gerade deshalb Belgien immer noch 109,000ollarbeitslose und 107,000 Kurzarbeiter hat (gegen 182 bzw. 163,000 unmittelbar vor der Abwertung), obwohl es über die Trümpfe seiner rohstoffreichen Kolonien und der Brüsseler Weltausstellung verfügte und außerdem eine großangelegte Arbeitsbeschaffungsaktion durchführte. Immerhin, man muß zugeben, daß Belgien sich vor 1½ Jahren außenpolitisch in einer anderen Lage befand als wir; es mußte befürchten, daß seine Abwertung mit Anti-Dumping-Maßnahmen beantwortet würde und deshalb hatte es eine gewisse Berechtigung, wenn Belgien die Welt damit beruhigte, seine Exporteure würden am Weltmarkt keineswegs unterbieten, sondern nur mehr verdienen. Für uns stellt sich glücklicherweise keine solche Gefahr dar; von Abwehrmaßnahmen anderer Länder gegen die allseits so „warm begrüßte“ schweizerische Abwertung kann nicht wohl die Rede sein. Wir haben allen Grund, unsere Exporteure und Hotels so weit mit den Preisen (in Gold gerechnet) heruntergehen zu lassen, daß unsere Betriebe wieder bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit fürs Ausland arbeiten und dementsprechend Arbeitslose anstellen können.

Allerdings ist durch den Wegfall der produktiven Arbeitslosenfürsorge für einzelne Industrien die Sache nicht so einfach, indem für sie der Zuschuß aus der Abwertung nicht größer ist als der frühere Exportzuschuß des Staates, während sie wegen der Abwertung mit höheren Rohstoffkosten kalkulieren müssen. Aber es ist nicht zu vergessen, daß die Abwertung für den gesamten Umsatz und für alle Absatzländer gilt, sodaß sie eine

andere Kalkulation gestattet als die auf bestimmte Artikel und bestimmte Länder beschränkten Zuschüsse aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Wir treten aus der Periode der Einschränkung und Einengung heraus. Die Abhängigkeit von ausländischen Vertragsstaaten existiert nicht mehr, der Weg auf den offenen Weltmarkt ist frei. Die Umorientierung unseres Außenhandels in der Richtung England, Amerika, die nordischen Länder und Übersee wird sich nach der Herstellung unserer Konkurrenzfähigkeit von selbst ergeben.

Die Umorientierung betrifft aber nicht nur den Export, sondern automatisch auch den Import; denn wir müssen nicht mehr den ungünstigen Ländern Waren abkaufen, um unsere Exporte bezahlt zu machen, wir müssen nun weniger nach Clearingländern exportieren.

Nach Erklärung von Regierungsseite sollen die Individualkontingente vollständig wegfallen. Das ist ein großer Vorteil für uns, nicht nur, weil die Kontingentgewinne damit wegfallen, sondern auch, weil der jungen Generation die Bahn frei gemacht ist, sich zu entwickeln, und weil die Arbeitsbeschaffung damit sichergestellt wird. Das ist wohl die edelste Aufgabe, die wir hier zu erfüllen haben. Aber auch die sogenannten Länderkontingente müssen allmählich vollständig wegfallen. Es soll innerhalb der Zollschranken und der übrigen Vorschriften für den Export absolute Freiheit herrschen.

Ich fasse die Lage kurz zusammen: Man kann sagen, daß der Konsument aus einem apathischen Nutznießer der sinkenden Weltmarktpreise zu dem Faktor werden wird, der am meisten beachtet werden muß. Die Wirtschaft beginnt, sich von selbst zu regeln und lernt, die Krücken der Staatshilfe zu entbehren. Der Staat tritt in seinen eigentlichen Rahmen zurück und verläßt seine Rolle des von Interessentengruppen gesteuerten Steuermannes der Wirtschaft.

Importventile auf!

Die besondere Lage der Schweiz nach der Abwertung ist folgendermaßen zu charakterisieren:

Trotz der 30 %igen Abwertung ist das Preisniveau namentlich der landwirtschaftlichen Produkte teilweise immer noch viel höher als das des Weltmarktes, währenddem andere Länder sozusagen unter den Meerespiegel zu liegen kamen und sich deshalb ihr Abwertungsvorsprung in kurzer Zeit vollständig oder größtenteils ausebnete. Wir verfügen über eine vollständige „Reglementierbarkeit“ unseres Lebenskostenniveaus, eben durch den Umstand, daß unser Niveau noch teilweise höher ist als das des Weltmarktes. Es besteht nun die Gefahr, daß, weil jetzt alles flüssiger und leichter wird — was zweifellos im ersten Stadium der Abwertung zutrifft —, wir sorgloser werden und es ist die Versuchung vorhanden, dem Arbeitnehmer, der landwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Produktion Konzessionen zu machen und so den nationalen Vorsprung im interna-

tionalen Wettbewerb zu verkleinern. Die gegenwärtige wirtschaftliche Konstellation dieses sogenannten Stillhalteabkommens zwischen Arbeitnehmern, landwirtschaftlicher Produktion und dem Groß- und Kleinhandel ist vergleichbar mit unserer politischen Situation. Wer dort unsere Grenzen überschreitet, ist unser Gegner; wer aber zuerst die Grenzen des neu geschaffenen Preis- und Lohnstillhalteabkommens überschreitet, der ist der Feind, gegen den sich alle andern Gruppen entschlossen wenden müssen.

Wir dürfen hoffnungsvoll sein, weil es gelungen ist, innert kürzester Frist eine bestimmte Linie unter vollständig veränderten Verhältnissen zu finden. Wir haben weder einen Mussolini noch einen Hitler gebraucht, um innert 4 Tagen vollständig umzustellen von einem System der Exportförderung auf ein System der Importprämie, die bei Weizen bis 40 % erreichen wird.

Wenige Stunden nach der Abwertung haben wir diese Maßnahme: Verbilligung des Importes mit allen möglichen Mitteln, wenigstens für die Übergangszeit „bis alles im Sattel sitzt“ und die Absatzfäden zum Weltmarkt festgeknüpft sind, in unserem Programm als die allerdringlichste Forderung der Stunde bezeichnet.

Wir haben die Genugtuung, daß der Bundesrat diese „Import“-Hälfte unseres Programms sofort übernommen hat (während er die andere Hälfte: die Exportförderung durch möglichst gleichbleibende Preise, nur zum Teil — nämlich für die Hotellerie — ebenfalls proklamierte, ohne hier im übrigen klare Stellung zu beziehen). Bereits zwei Tage nach der Abwertung ließ er auf unseren Antrag die beiden Zolltarifkommissionen zusammentreten, um die Importfrage zu besprechen. Diese Besprechung, bei der sich Vertreter aller Parteien bemerkenswert einsichtig zeigten, resultierte in den bekannten Aktionen der Zollsenkung auf wichtigste Lebensmittel, dem Importzuschuß von 8 Millionen für das Brotgetreide, den Zockerungen der Kontingente und ähnlichen, auf Erleichterung und Verbilligung der Einfuhr gerichteten Maßnahmen.

Tatsache ist, daß an der Grenze noch sehr viel zu erreichen ist für eine Abwendung oder doch für eine Milderung des 42 % Aufschlages durch die Abwertung. Wir haben am Weltmarkt noch gewaltige, ungenützte Möglichkeiten, wichtige Waren zu sehr billigen — auch nach der Abwertung noch sehr billigen — Preisen zu importieren.

Wir vergessen heute im ersten „Rausch der Abwertung“ nur allzu leicht, daß z. B. das Preisniveau unserer wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte noch 2, 3 und 4 mal höher ist als man diese Produkte bei richtiger Auswahl der Einkaufsquellen am Weltmarkt holen kann. Selbstverständlich genügt dies aber nicht, um den gesamten lebenswichtigen Bedarf auf dem alten Kostenstand zu halten. Deshalb haben wir schon im ersten Augenblick nach Bekanntwerden der Abwertung vorgeschlagen, daß für die wichtigsten Waren sofort erhebliche Zollsenkungen und auch Importzuschüsse bewilligt werden, was inzwischen ja geschehen ist.

Verfassungsgemäße Zollpolitik.

Die Zollaussfälle, auch wenn sie in die Duzende von Millionen gehen, sind heute für den Bundeshaushalt nicht so gefährlich, haben wir doch auf der andern Seite mit aller Bestimmtheit:

1. den Wegfall der ebenfalls in Duzende von Millionen gehenden Subventionen, teilweise auch der Prisen Ausgaben, sowie eine Verminderung des S. B. B.-Defizites mit der Verkehrsbelebung zu erwarten und
2. auf der Einnahmenseite bestimmt auch mit der Belebung von Handel und Wandel eine Zunahme der direkten und indirekten Steuereinnahmen, selbst bei ermäßigten Steuersätzen.

Wir haben vor allem damit eine einzigartige Gelegenheit, einen der schwersten Fehler unserer Handelspolitik in den letzten Jahrzehnten wieder gutzumachen. Seit dem Zolltarif von 1922 sind die klaren Vorschriften der Verfassung über die Nichtbelastung von wichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln glatt mißachtet und Zölle auf Zölle gehäuft worden. Einen Vorwand dafür gab uns eben unser isoliertes Preisniveau, das man auf keinen Fall halten konnte, wenn nicht die Zölle teilweise exorbitante Höhen erreichten. Zum Schluß reichten ja nicht einmal die Zölle aus, sondern die viel krasseren Mittel der Kontingentierung und Einfuhrsperre mußten unseren Markt schützen.

Heute ist es wieder möglich geworden — und das halte ich für einen der wenigen, dafür aber ganz großen Vorteile der Abwertung —, den falschen Weg bis zu seinem Ausgangspunkt wieder zurückzugehen. Unsere Zollpolitik muß und kann wieder den Geboten der Verfassung entsprechen.

Das Gleiche gilt für die Einfuhrpolitik überhaupt. Schon vor der Abwertung drang glücklicherweise die Überzeugung durch, daß unser Exportproblem zugleich auch ein Importproblem ist, denn die immer wieder einfrierenden Erlöse der Ausfuhr zeigten uns untrüglich an, daß auch die besten Ausfuhrserfolge nichts nützen, solange wir nicht gewillt sind, auch die entsprechende Einfuhr als Bezahlung zuzulassen. Heute, nach der Abwertung ist die Erkenntnis selbstverständlich noch weiter gediehen. Wir müssen alles tun, um den Schutzring, den die 30 %ige Abwertung um den schweizerischen Markt gezogen hat, von innen her zu durchbrechen, die Einfuhr so viel als möglich zu erleichtern und zu verbilligen, damit wir den Gegenposten für die hoffentlich wieder stark steigende Ausfuhr von vornherein bereitstellen.

Die Kaufkraft des „Lohnfrankens“.

Das „Abkommen über Stillhaltung von Preisen und Löhnen“, wie ich es, wenigstens für die Dauer eines Jahres, vorgeschlagen habe, kann und soll gehalten werden. Weder die Inlands- noch die Exportpreise sollen um einen Rappen höher steigen, als es wirklich unumgänglich ist. Dann wird auch die Kaufkraft des Lohnfrankens im In-

land, wenn nicht ganz, so doch annähernd gewahrt und die schweren Lohnkämpfe werden uns erspart bleiben. Zumindest für die Zeit, bis unsere Exportindustrie und unser Fremdenverkehr wieder die Fäden zum Weltmarkt fest geknüpft haben, sollte sich diese Preissituation halten lassen. Es ist selbstverständlich, daß wir auf die Dauer nicht um stärkere Rückwirkungen der Abwertung auf die Preise herumkommen. Aber wir sollten diese nicht zu früh an uns herankommen lassen. Nur auf diese Weise arbeiten wir der Gefahr einer zweiten Abwertung entgegen.

Von den Wirkungen der Preiskontrolle, wie von allen preispolizeilichen Maßnahmen, haben wir allerdings nicht allzu viel zu erwarten. Als Praktiker weiß ich, daß allzu rigorose Forderungen, selbst wenn ihre Durchführung richtig kontrolliert werden kann, auf die Dauer einfach nicht gehalten werden können. So sieht sich heute schon die Preiskontrolle zu gewissen Konzessionen gedrängt, indem sie erlaubt, wenigstens einen Teil des Abwertungszuschlages auch schon auf die alten Vorräte gewisser Waren, z. B. Textilien anzuwenden.

Viel wichtiger muß es sein, schon an der Grenze auf den Inlandspreis einzuwirken. Wir tun es durch die Zollsenkungen und die Importzuschüsse. Ferner ist es außerordentlich wichtig, daß in den verschiedenen Branchen unserer Wirtschaft sich von selbst die Überzeugung bildet und von innen heraus gefördert wird, daß eine solche „zügelnnde“ Preispolitik im jetzigen Moment und auch noch auf Monate hinaus nicht nur für den Konsumenten, sondern auch für den Produzenten die beste Politik ist.

Richtige Exportpolitik und Ausfuhrzölle.

Auch für den Export muß unbedingt eine einheitliche Richtlinie von den Interessenten selbst aufgestellt und verfolgt werden, und zwar eine Richtlinie, die u. E. nur in der schon genannten Tendenz auf Niedrighaltung der Preise bestehen kann. Wir haben die Verbände und übrigen Interessenorganisationen mit allen ihren Nachteilen und Schattenseiten Jahre und Jahrzehnte genossen; wir dürfen nun erwarten, daß diese Verbände sich jetzt in positiver Weise am Wiederaufbau unserer Wirtschaft beteiligen, indem sie solche exportpolitischen Richtlinien aufstellen und ihren Mitgliedern deren Einhaltung nahelegen, ähnlich wie dies verdienstlicher Weise jüngst der Schweiz. Hotelierverein für die Hotellerie getan hat.

Eine sehr wichtige Frage der künftigen Exportpolitik ist auch die: Durch die Abwertung haben wir — im Gegensatz zu dem von mir lange Zeit vertretenen Ausgleichs-System im Außenhandel — eine einheitliche und damit rohe Exportverbilligung von 30 % für den ganzen Absatz im Ausland geschaffen. Diese Prämie gilt nun grundsätzlich auch für die Clearingländer, denen wir natürlich unter einem einigermaßen differenzierenden System niemals eine Verbilligung hätten zugestehen wollen. Tatsächlich ist es heute so, daß wir z. B. auch die Ausfuhr nach Deutschland, die wir seit zwei Jahren bewußt zurückdämmen, weil die Ausfuhrerlöse einfrieren, jetzt noch

um 30 % verbilligt haben und es besteht tatsächlich auch die Gefahr, daß eine große Anzahl von Waren mit starkem Rohstoffanteil in dieser Richtung versickern, während auf der andern Seite die Einfuhr aus den Clearingländern — die jetzt ja teilweise um 42 % teurer geworden ist! — erst recht zusammenschrumpft.

Gegen eine solche Entwicklung muß unbedingt rechtzeitig etwas geschehen und ich habe daher schon im Parlament als Ausgleichsmittel, daß unsere Ausfuhr von den Clearingländern weg und auf den freien Weltmarkt zulenken soll, eine Art Exportzölle auf den Export nach Deutschland und anderen Clearingländern vorgeschlagen.

Dieser Vorschlag mag im ersten Augenblick grotesk erscheinen. Die Abwertung bedeutet aber eine derartige Niveauverschiebung zwischen dem schweizerischen und dem Weltmarkt, daß es durchaus folgerichtig erscheint, daß die Maßnahmen bis zu einem gewissen Grade in ihr Gegenteil umgekehrt werden. Am Freitag vor der Abwertung beschloß das Parlament die Exportförderung, die bis zu 30 % des Wertes gewährt werden sollte. Der Ständerat hat am Dienstag danach diese Vorlage richtigerweise schon als erledigt abgelehnt und am selben Tage wurde übereinstimmend gefunden, daß das Brot nicht verteuert werden soll, was gleichbedeutend ist mit einer Importprämie auf Brotgetreide von 40 %.

Diese Maßnahme wäre jedem von uns vor kurzer Zeit ebenso grotesk erschienen wie der heutige Vorschlag, Exportzölle auf die Ausfuhr nach Clearingländern zu erheben. Tatsache ist eben heute, daß der Exporteur der starke Mann ist und der Importeur der schwache. Der Exporteur nach Clearingländern schädigt den Finanzgläubiger, der in jenen Ländern etwas zugut hat. Diese These ist durchaus richtig. Nachdem andere Gelegenheiten durch die Abwertung geöffnet sind, soll der Export nach Clearingländern möglichst eingeschränkt werden, aber nicht durch Kontingente und individuelle Entscheide, sondern durch ein generelles Exportzollsystem. Exportabgaben werden von andern Ländern am wenigstens beanstandet, deshalb ist es auch möglich, solche Abgaben je nach Land und Ware zu differenzieren, und zwar je nach dem Interesse, das unser Land an einem solchen Zoll hat.

Diese Maßnahme ist vielleicht eine der letzten, die ein Stück von staatlicher Reglementierung und Lenkung des Außenhandels in sich trägt. Sie ist auch nur dadurch erzwungen, daß das heutige Preis- und Valutagesälle zwischen den Clearingländern und der Schweiz ein durchaus künstliches ist. Wenn einmal hier die notwendigen Korrekturen gemacht sind, können selbstverständlich auch unsere Ausfuhrzölle verschwinden.

Zurück zur Freiheit!

Es kann sich übrigens weder heute noch morgen darum handeln, das Recht der Allgemeinheit, sagen wir es deutlich: des Staates, auf Aufstellung der großen, richtunggebenden Ziele unserer Wirtschaft bedingungs-

los zu verneinen. Aber innerhalb dieser Richtlinien soll sich die private Initiative, die wirtschaftliche Freiheit maximal entfalten können.

Die internationale Konstellation ist günstig wie noch nie für eine Wiedererstehung freiheitlicher Grundsätze. In allen Ländern begrüßt man mit einem Aufatmen das Aufspringen der so lange festgeschlossenen Tore, den Fall der künstlichen Mauern, die Jahre hindurch jede Volkswirtschaft „geschützt“ — und erstickt haben. Kaufmann und Unternehmer, freigelassen vom Gängelband, fühlen neue aufbauende Kraft in sich.

Der große Grundsatz, der über allem stehen muß, ist für unsere zukünftige Politik:

Rückkehr zur Freiheit im Außenhandel, aber auch in der Innenwirtschaft, Rückkehr zur persönlichen Initiative und Verantwortung, Rückkehr zu den Methoden und Leitmotiven, die die schweizerische Wirtschaft in ihrer Art groß gemacht haben.

Wir haben uns weit entfernt von jenen einfachen, klaren Grundlinien. Möge die Abwertung, die übles genug in sich und mit sich trägt, wenigstens in diesem einen Sinne fruchtbar werden für unser Land.

Hat sich Europa im Sommer 1936 amüsiert?

Eine heitere Frage und ihre ernste Beantwortung.

Von Maximilian Albertus.

San Sebastian in Flammen, die französische Riviera vom Fieber geschüttelt, spanische Königsöhne in Cannes insultiert, in Aix-les-Bains zum Entsetzen eines jahrzehntelange Bäder gewohnten englischen Premierministers ein Volksfront-Gemeinderat, rings um Ostende Streikwelle über Streikwelle — was also soll das mondäne, von so viel Sorgen erholungs- und zerstreungsbedürftige Europa tun, um wenigstens schwache Sommerträume, einen sei es noch so kurzen Sommernachts Traum zu erleben? Wohin soll beispielsweise ein junger und so charmanter englischer König seine golfbeschwingten Flügel lenken, um sich gleich Merkur und seinem reiselüfternen Großvater in seiner zypressenumrauchten Villa an der Riviera niederzulassen, wenn es hierzu eines für intimere Zerstreuungen keineswegs zuträglichen Polizeikordons der zitternden dritten Republik bedarf — wohin soll sein biographisch so begabter, an Talleyrands snobistischen Gelüsten wohlgeschulter Kriegsminister seine Sommerschritte wenden, wo seiner schönen Gattin, dem Nachkriegseuropa als May Reinhardts Buhlschaft in „Jedermann“ wohlbekannt, die letzten Freuden eines lachhaften